

Kantonsrat

TA 4, 12.15

Seeuferweg: Reaktion auf Bundesgerichtsentscheid

Zürich - FDP-, SVP- und CVP-Politiker aus Seegemeinden haben im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht, um Enteignungen von Grundeigentümern für den Bau eines Seeuferwegs zu erschweren. Ursprünglich hatten die Bürgerlichen Enteignungen per Gesetz ganz ausgeschlossen. Doch hiess das Bundesgericht eine Beschwerde dagegen gut. Der entsprechende Paragraf wurde ganz entfernt. Nun soll es heissen: «Die Beanspruchung (privater Grundstücke) ist ausnahmsweise zulässig, wenn eine andere Führung des Uferwegs nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist.» (pu)